

Integration, beschäftigen sich im dritten Teil mit der ethisch relevanten Frage, wie sich eine ökonomisch erwünschte Migration auf den Arbeitsmarkt auswirkt und welche Steuerungsinstrumente dabei zum Zuge kommen (S. 97–130). Marianne Heimbach-Steins diskutiert schließ-

lich als Sozialethikerin die normativen Gehalte von Integrationskonzepten und zeigt, wie sich diese in lebensweltlichen Kontexten konkretisieren (S. 149–170).

Insgesamt ist durch die Kooperation aller Beteiligten ein hervorragend komponierter Sammelband entstanden, der

durch ein hohes Maß an ethischem Reflexionsvermögen über die Fächergrenzen hinweg überzeugt und als Inspirationsquelle für eine künftige Ethik der Migration mit Nachdruck empfohlen werden kann.

Walter Lesch, Louvain-la-Neuve



Bericht

Demokratie und Partizipation im 21. Jahrhundert

Bericht zur Jahrestagung 2015
in der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“

„Alles Politische beginnt (und endet) mit der Partizipation“, schreibt der Befreiungsphilosoph Enrique Dussel und weist damit auf den zentralen Stellenwert der Partizipation für die Demokratie hin. Dieser postulierte enge Zusammenhang von Demokratie und Partizipation manifestiert sich auch in aktuellen Beobachtungen: An vielen Orten fordern Menschen, teils in öffentlichem Protest, demokratische Mitbestimmung ein – unabhängig davon, ob sie bereits in einer Demokratie leben oder nicht. Andernorts fühlt sich eine schweigende Masse von der Politik ausgeschlossen und die Rede von der Krise der Demokratie, gerade in den „etablierten“ Demokratien des Westens, macht die Runde. Das Forum

Sozialethik 2015 fragte dem nachgehend, wie es heute um das Verhältnis von *Demokratie und Partizipation* sowie um die Zukunft der Demokratie bestellt ist.

Ausgangspunkt der Überlegungen bildet die Frage nach den Ansprüchen, die mit der Idee der Demokratie verknüpft sind, und der wahrgenommenen Realität politischer Praxis. Ein zentrales Versprechen der Demokratie ist die Beteiligung aller an der politischen Macht: Wie kann das heute funktionieren, wenn klassische Wege, wie Wahlbeteiligung und Parteimitgliedschaft, für viele obsolet geworden sind? Ein zweites Versprechen ist die Achtung der Interessen aller von einer Entscheidung Betroffenen: Sind plurale und post-sä-

kulare Gesellschaften aber nicht viel zu disparat, um sie unter einem gemeinsamen Dach zu vereinen? Drittens schließlich wirft der Optimismus für das Erfolgsmodell (westlicher) Demokratie insgesamt Fragen auf: Ist dieses Modell, angesichts gescheiterter Demokratisierungsprozesse in den Ländern der arabischen Welt und dem Erfolg autoritärer Regierungsformen in China und Russland, tatsächlich der weltweite Weg in die Zukunft?

In ihrem Einführungsvortrag knüpften *Luisa Fischer* (Mainz) und *Sebastian Zink* (Osnabrück) an diese Fragen an, indem sie mit *Noberto Bobbio* einen italienischen Demokratietheoretiker vorstellten, der schon 1984 einige nicht eingehaltene Versprechen



der Demokratie aufdeckte: Von unabhängiger Repräsentanz, transparenten Entscheidungsprozessen und gesamtgesellschaftlicher Teilhabe könne in modernen Demokratien kaum die Rede sein. Dennoch bleibt Bobbio ein Verfechter der repräsentativen (parlamentarischen) Demokratie, auch wenn sie ihre Ideale, notwendigerweise, verfehlen müsse. Er argumentiert damit in die gleiche Richtung wie Dussel, der statt Resignation demokratische Bildung, Reform der Kommunikationsmedien und umfassende Partizipationsmöglichkeiten fordert.

30 Jahre nach Bobbio und drei Jahre nach Dussel gaben die Vortragenden diese noch immer uneingelösten Versprechen der Tagung als Aufgabe mit auf den Weg. In drei Schritten näherte sich das Forum dieser an: Die Referentinnen und Referenten sprachen über Anspruch und Wirklichkeit repräsentativer Demokratie, die Herausforderungen und Ausschlüsse von Partizipationsprozessen und schließlich die Zukunft demokratischer Beteiligung.

Zum Anspruch an eine liberale Demokratie unter post-säkularen Vorzeichen brachte *Ana Honnacker* (Hannover) im ersten Vortrag der Tagung William James ins Gespräch. Die post-säkulare Gesellschaft sieht sich angesichts gesellschaftlicher Pluralisierung, aber auch mit der Einwanderung von Menschen mit unterschiedlichen religiösen und kulturellen Prägungen, der Frage gegenüber, welche Rolle sie religiösen Überzeugungen im öffentlichen Diskurs einräumen will. James durchbricht die Dichotomie von säkular und religiös, indem er die Vielgestaltigkeit der Erfahrungswirklichkeiten herausstellt: Keine Weltsicht, weder säkular noch religiös, könne einen privilegierten Zugang zur Wirklichkeit für sich beanspruchen. Es gebe keinen übergeordneten neutralen Standpunkt, sondern nur den Dialog untereinander. Für eine liberale Demokratie ist dieser fortwährende Dialog unverzichtbar.

Mit dem Anspruch an die Wählerinnen und Wähler in der repräsentativen

Demokratie setzte sich *Cornelius Sturm* (Münster) in seinem Beitrag auseinander. Mit Bezug auf die Wahlaufrufe der Bischöfe vor Bundestagswahlen untersuchte er den darin prominenten Begriff „Verantwortung“. Die starke Responsibilisierung – die Annahme, dass jeder sein Leben selbstbestimmt gestalten kann und muss – umgreift nicht nur die Abstimmung oder Nichtabstimmung an der Wahlurne, sondern auch viele Bereiche des gesellschaftlichen Daseins, in denen zudem von außen klar definiert ist, was als verantwortlich zu gelten hat. Cornelius Sturm kritisierte sehr deutlich die mit einer solchen Rede von „Verantwortung“ verbundene Überforderung der Angesprochenen angesichts ihrer begrenzten Handlungsmacht. Er forderte in diesem Sinne einen reflektierteren Verantwortungsbegriff für die Demokratie.

Nach Vortrag und Diskussion stand am Abend der wissenschaftliche Austausch im Vordergrund. Auf einem Markt der Möglichkeiten diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Forschungsprojekte. Eine neue Entwicklung im Rahmen des Forums war die Etablierung von Arbeitsgruppen: Auf der Tagung 2014 fanden sich kleine Teams Interessierter zu unterschiedlichen Themen – globale Gerechtigkeit, Friedensethik und qualitative Sozialforschung – zusammen, um während des Jahres gemeinsam an diesen Themen zu arbeiten. Erste Ergebnisse, Arbeitstagungen und Publikationen der Arbeitsgruppen wurden in diesem Rahmen vorgestellt.

Der zweite Tag des Forums war von den Herausforderungen für die Partizipation in der Demokratie geprägt. *Andreas Fisch* (Dortmund) rückte in seinem Vortrag die Ausschlüsse potentieller Wählerinnen und Wähler in den Vordergrund, die nicht nur eine Erscheinung der Geschichte oder autoritärer Staaten, sondern noch heute Realität in der Mehrzahl repräsentativer Demokratien seien. Am (fehlenden) Wahlrecht für Kinder und Jugendliche

machte er deutlich, wie unbestimmt Kriterien wie geistige Reife oder das Betroffensein von Entscheidungen für die (Nicht-)Zulassung zur Wahl sind. Dabei gebe es kaum zu rechtfertigende Gründe, Kinder vom Grundrecht politischer Mitwirkung auszuschließen. Am Ende seines Vortrags argumentierte Andreas Fisch deshalb für die Einführung eines Stellvertreterwahlrechts zur besseren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Ausschlüsse waren auch das Thema von *Jochen Ostheimer* (München), der die Rawls'sche Gerechtigkeitstheorie einer kritischen Prüfung unterzog. Das vorgestellte Ideal einer Kooperationsgemeinschaft, deren Verteilung von Lasten und Chancen unter dem Schleier des Nichtwissens geschieht, setze ein genau bestimmtes Gesellschaftsmodell voraus. Diejenigen, die nicht über ein Mindestmaß an Arbeitsfähigkeit verfügten, gehörten beispielsweise nicht dazu. Eine gleichberechtigte Inklusion aller verlangt demnach ein Weiterdenken dieser bis heute sehr wirkmächtigen Gerechtigkeitstheorie.

Gegenüber der häufig rezipierten Theorie John Rawls' brachte *Erzébet-Noémi Noje-Knollmann* (Frankfurt) mit Joan Tronto eine neue Stimme in den Grundlegendiskurs ein. Ihr Vortrag zur Demokratie als fürsorgliche Praxis nahm Trontos „Ethics of Care“ auf. Was im engen Wortsinn zunächst auf die Forderung nach Partizipation für all jene, die der Pflege bedürfen oder diese anbieten, bezogen war, lasse sich auch auf die Gesamtgesellschaft ausweiten. Der Fürsorgebegriff eröffnet nicht nur einen Blick in die Zukunft alternder Gesellschaften, sondern betrifft als Grundbedürfnis jedes Menschen alle Gesellschaftsmitglieder.

Zum Abschluss des Tages widmete sich *Simon Faets* (Münster) der Kritik Judith Butlers an der Institution der Staatsbürgerschaft, die für Butler Ausdruck nationalstaatlicher und biopolitischer Macht ist. Das Vorenthalten dieser Staatsbürgerschaft ist ein zentraler Mechanismus zum Ausschluss



von politischer und gesellschaftlicher Partizipation, der außerdem Prekarität produziert. Butlers Modell der Kohabitation verweist demgegenüber darauf, dass wir als Erdenbürgerinnen und -bürger auf das Zusammenleben angewiesen sind und eine Verantwortung für das gefährdete Leben der anderen tragen. Der Nationalstaat hingegen reproduziert aus seiner Funktion heraus Ausschlüsse und verhindert damit die Universalisierbarkeit von Rechten allgemein.

Da sich Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler der Sozialethik seit 25 Jahren auf dem Forum Sozialethik zum Gedankenaustausch treffen, lud das Vorbereitungsteam am zweiten Tagungsabend zu einer Zukunftswerkstatt ein. Zusammen mit Lothar Harles (AKSB) und Stephan Nacke (Bistum Essen) diskutierten die Teilnehmenden über die Zukunft der Sozialethik. Im Zentrum standen dabei sowohl die Herausforderungen als auch die Chancen des Fachs innerhalb und außerhalb des Raums von theologischer Wissenschaft und Kirche.

Der letzte Arbeitstag lenkte den Blick auf die Zukunft der Partizipation. *Dominik Ritter* (Fulda) machte in seinem Vortrag ein Portfolio schon realisierter und noch uneingelöster Partizipationsmöglichkeiten auf und ging dabei vor allem auf den Wandel der demokratischen Kultur ein: Partizipation entwickle sich heute immer öfter themenbezogen und jenseits der

Volksparteien, Bürgerbeteiligung gewinne einen höheren Stellenwert und die Sprachbarrieren zwischen Politik und Öffentlichkeit machten bessere Kommunikation und transparentere Entscheidungsprozesse nötig. *Dominik Ritter* stellte Modelle aus der basisdemokratischen Arbeit und der Organisationsentwicklung vor, die diese Herausforderungen aufnehmen und sich als produktiver Beitrag in der gesamtgesellschaftlichen Diskussion, über konkrete Gesetzgebungsverfahren und das „gute Leben“ in der Zukunft, erweisen.

Drei Konkretionen folgten auf diesen Aufriss: *Myriam Ueberbach* (Mainz) sprach über die Rolle der sozialen Medien in demokratischen Basisbewegungen. Als Beispiel diente ihr der so genannte „arabische Frühling“. Hieran zeigte sie exemplarisch, wie die Diskussion aus dem Raum der wenigen politisch engagierten Blogger in die sozialen Netzwerke überspringt und dort weite Teile der Bevölkerung mobilisieren kann. Gleichzeitig wurden die Grenzen in der allseitigen politischen Instrumentalisierung von Facebook und Co. deutlich.

Stefanie A. Wahl (Bamberg) beleuchtete neue globale Protestkulturen und ihre Rolle als Form politischer Partizipation. Die vielgestaltigen öffentlichen Proteste gegen Wirtschaft und Regierungen bezeichnete sie als eine Empörung, der Stéphane Hessel in der gleichlautenden Denkschrift „Empört euch!“ einen Namen gegeben ha-

be. Eine Herausforderung stellten insbesondere neue nicht-institutionalisierte Protestformen dar, die sich vor allem hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit und Integrierbarkeit in klassische Partizipationsformen bewähren müssten.

Christian Henkel (Tübingen) brachte schließlich die liquid democracy als Form zukünftiger Partizipation ins Gespräch. Online-Plattformen erlauben inzwischen eine breite Diskussion über Gesetzgebungsentwürfe und die Abstimmung darüber. Ob sich dies als Zukunft der Demokratie erweist, hängt jedoch weniger mit dem technisch Machbaren, als mit dem Wandel in den Köpfen der zur Partizipation Eingeladenen ab.

Die abschließende Diskussion machte deutlich, dass die Tagung viele uneingelöste Versprechen partizipativer Demokratie klar benennen konnte. Auch wird die Demokratietheorie immer sensibler für die blinden Flecken und die Ausschlüsse in den klassischen Grundlagen liberaler westlicher Gesellschaften. Die Sozialethik sieht sich vor diesem Hintergrund herausgefordert, Beteiligungsoptionen einzufordern und an der Weiterentwicklung der Demokratie in Theorie und Praxis – auf der globalen, nationalstaatlichen und lokalen Ebene – mitzuarbeiten.

Christian Henkel, Stefanie A. Wahl, Luisa Fischer, Sebastian Zink

